

Präsenz markieren in sozialen Problemzonen

Seit 2008 engagieren sich Bund, Kantone, Gemeinden und Private im Rahmen der «Projets urbains» gemeinsam für die Aufwertung benachteiligter Quartiere. Das Programm setzt ein starkes Zeichen für den sozialen Zusammenhalt. Von Patrick Aeschlimann

Als 2005 in Frankreich die Jugend in den Banlieues rebellierte, ging ein Aufschrei durch Europa. Das Gespenst der nicht integrierbaren, perspektivlosen Parallelgesellschaften geisterte durch den Blätterwald. In der Schweiz, so war man sich einig, stimmt die soziale Durchmischung, die nachbarschaftliche Solidarität spielt noch und die Integration von Ausländern gelingt meist. Damit dies auch so bleibt, wurde die Integration auf Gesetzesebene verankert und der Staat richtete das Augenmerk ab 2008 auf potenzielle Problemquartiere. Es war die Geburtsstunde der «Projets urbains» (siehe Kasten).

An einer Tagung in Olten zogen die beteiligte Akteure nun eine Zwischenbilanz der Programmaktivitäten zur Aufwertung der benachteiligten Quartiere.

Alle Akteure miteinbeziehen

Mario Gattiker, Direktor des Bundesamts für Migration, war froh, dass er für einmal nicht zur Asylfrage sprechen musste. «Mein Amt ist mehr als nur ein Asylamt», meinte er bestimmt. Zum ersten Mal überhaupt arbeiten sechs Bundesstellen gemeinsam an einem Projekt. «Dies war am Anfang fast undenkbar. Dank dem Lernprozess mit den «Projets urbains» ist diese Zusammenarbeit heute selbstverständlich

und das Gärtchendenken in den Bundesstellen konnte überwunden werden», so Gattiker. Das Programm sei heute «ein Lehrstück für die vernünftige Zusammenarbeit über die föderalen Ebenen».

Der Direktor des Bundesamts für Wohnungswesen, Ernst Hauri, erinnerte an die Wichtigkeit des Wohnens für die Integration: «Wohnen ist ein Querschnittsthema und darf nicht rein technisch betrachtet werden. Für die Wohnsituation in einem Quartier spielen viele übergeordnete Interessen in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft mit hinein.» Darum sei es umso wichtiger, dass bei der Quartierentwicklung möglichst viele relevante Akteure miteinbezogen werden. «Die Zusammenarbeit zwischen den Anwohnern, der Wirtschaftsförderung, den Sozialdiensten und den Energieverantwortlichen ist zentral», mahnte Hauri. Die Synergien, die dadurch entstehen können, würden einen effizienten Einsatz knapper Ressourcen ermöglichen.

Marianne Huguenin, PdA-Stadtpräsidentin von Renens, nahm die lokale Politik und Verwaltung sehr direkt in die Pflicht: «Gehen Sie in das Quartier und lernen Sie es kennen! Wenn Sie es nicht schätzen und lieben, werden Sie und Ihre Aktivitäten von den Einwohnern auch nicht akzeptiert.» Genau diese müsse man in die Verantwortung nehmen, mahnte Ernst Zingg (FDP), Stadtpräsident von Olten: «Die Politik kann Entwicklungen nicht einfach bestimmen. Es braucht dazu auch Bürger, die sich engagieren.»

Aus Frankreichs Fehlern lernen

Der für seine kontroversen und pointierten Voten bekannte Basler Kantons- und Stadtentwickler Thomas Kessler attestierte den «Projets urbains» lediglich

«Projets urbains»

Das Ausländergesetz, welches Anfang 2008 in Kraft trat, brachte viele Verschärfungen mit sich. Zum ersten Mal wurden aufgrund des bundesrätlichen Berichts für Integrationsmassnahmen 2007 auf Bundesstufe aber auch die Grundsätze einer gesamtschweizerischen Integrationspolitik festgehalten. Insbesondere sollte die Chancengleichheit für alle in der Schweiz lebenden Menschen gesichert werden.

Praktisch findet die Integration im Alltag statt, mit den Mitmenschen in den Quartieren und Dörfern. Hier setzen die «Projets urbains» an: Diese Quartierentwicklungsprojekte haben zum Ziel, die Lebensqualität in bestehenden «Quartieren mit besonderen Anforderungen» – so die offizielle Sprachregelung des Bundes – zu verbessern und günstige Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration zu schaffen. Das Programm bietet Quartieren in kleinen und mittelgrossen Städten, in denen vorwiegend sozial und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen wohnen, finanzielle und technische Unterstützung. Involviert

sind, weil als Querschnittsaufgabe definiert, nicht weniger als sechs Bundesstellen: Die Bundesämter für Raumentwicklung (ARE), für Migration (BFM), für Wohnungswesen (BWO) und für Sport (BASPO) sowie die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) und die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM). Hinzu kommen die Kantone, NGOs, Anwohner und die Gemeinden. Pro Jahr standen in der ersten Pilotphase zwischen 2008 und 2011 rund 500 000 Franken Bundesbeiträge zur Verfügung, wobei der Bund jeweils maximal die Hälfte der jeweiligen Projektkosten übernahm.

An der ersten Phase des Projekts (2008 bis 2011) nahmen die elf Städte Pratteln BL, Rorschach SG, Montreux VD, Renens VD, Vevey VD, Yverdon VD, Baden AG, Olten SO, Schaffhausen, Spreitenbach AG und Burgdorf BE teil. Für die zweite Phase (2012 bis 2015) sind einige nicht mehr dabei, dafür sind Aarburg AG, Regensdorf ZH, Schlieren ZH, Vernier GE und Versoix GE neu hinzugekommen. (aes)



«Reparaturcharakter». «In den Siebzigerjahren haben viel mehr Leute in den Städten gewohnt als heute. Die Probleme und Lösungsvorschläge in den Quartieren haben sich aber nicht verändert. Nun muss man viel Geld aufwenden, um soziale Probleme zu lösen, statt diese zu vermeiden.» Auch heute würden noch städtebauliche Sünden begangen, wie etwa das Zürcher Quartier Neu-Oerlikon, dass für Kessler schlicht «grauenhaft» ist und sich «komplett isoliert».

Eine andere Perspektive nahmen die Politiker aus der Region Genf ein, die ihren Blick auch nach Frankreich richteten. Charles Beer, Genfer SP-Staatsrat unterstrich die Wichtigkeit einer sauberen Evaluation der «Projets urbains»: «In Frankreich machen sie grosse und teure Städtepolitik, die aber wenig Erfolg zeigt. Weil schlecht evaluiert wurde, gingen die Menschen vergessen.» Sein Parteikollege

Thierry Apothéloz, Gemeinderat in Vernier GE, ist der Meinung, dass die Situation in den ärmeren Genfer Quartieren und Gemeinden ähnlich ist wie in Frankreich. «Im Gegensatz zu den Banlieues im Nachbarland gibt es in der Schweiz jedoch den klaren politischen Willen der Gemeinden zur Präsenz in den Quartieren.»

Probleme bald auch in der Agglo

Das Schlusswort an der Tagung hatte Maria Lezzi, Direktorin des in Sachen «Projets urbains» federführenden Bundesamtes für Raumentwicklung. Sie führte aus, dass sich die grossen Städte den sozialen Problemen schon länger bewusst sind und diese auch seit geraumer Zeit aktiv angingen. Mit den «Projets urbains» liegt der Fokus gegenwärtig auf den kleinen und mittelgrossen Städten. «In Zukunft werden aber auch die Agglomerationsgemeinden vermehrt mit die-

sen urbanen Herausforderungen konfrontiert», ist sie überzeugt. So gesehen sei die Quartierentwicklung eine kommunale Daueraufgabe, und zwar nicht nur in Gestalt der fehlenden sozialen Durchmischung, sondern auch in planerischer und baulicher Hinsicht. «Gefragt sind langfristige Lösungen zur Beseitigung der Ursachen von sozialen Problemen», so Lezzi.

Gretchenfrage der Aufwertung

Bei allen positiven Entwicklungen, welche die «Projets urbains» bisher angestossen haben, kristallisierte sich in den Referaten, aber auch in den Pausengesprächen die Gretchenfrage der Quartierentwicklung heraus: Wie stark darf man ein Quartier aufwerten, bis sich die Einwohner ihre Wohnungen nicht mehr leisten können und wegziehen müssen? Denn wenn der Staat in die Quartierentwicklung investiert, die Infrastruktur verbessert und in ärmeren Quartieren auch reichere Menschen ansiedeln kann, beginnen die Verdrängungseffekte zu spielen. Für die Hauseigentümer lohnt sich plötzlich eine Sanierung der Liegenschaften und der Wohnraum wird teurer. Die ominöse Gentrifizierung setzt ein und in der Konsequenz verlassen diejenigen Bevölkerungsschichten das Viertel, für die man das Quartier eigentlich aufgewertet hat. Erst die Zeit und die Erfahrungen

Typisches «Projets urbains»-Quartier: Im Gyrischachen in Burgdorf BE leben 2200 Einwohner aus 43 Nationen.

Bild: Urs Häberli



«Dank dem Lernprozess mit den «Projets urbains» konnte das Gärtchendenken in den Bundesstellen überwunden werden.»

Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration

werden zeigen, wieweit man mit der Quartierentwicklung gehen kann, ohne den günstigen Wohnraum sterben zu lassen.

Hinzu kommt: Der Handlungsspielraum der Gemeinden in Sachen günstigem Wohnraum in Problemquartieren ist meist gering. Viele Wohnungen sind in Privatbesitz, alt, energetisch schlecht und zu klein für die heutigen Bedürfnisse. Eine Sanierung lohnt sich für die Eigentümer oft nicht, da sie befürchten, dass diese nicht zu Marktpreisen vermietet werden können (siehe Kasten «BuntErleben» in Burgdorf). So droht die Bausubstanz zu verlottern und die Wohnverhältnisse werden prekärer. Für

die Besitzer dennoch ein lohnendes Geschäft, da das Geld auch ohne Investitionen fliesst. Werden hingegen Ersatzneubauten errichtet, sind die neuen Wohnungen für die bestehenden Mieter höchstwahrscheinlich nicht mehr bezahlbar.

Die Schweiz ist – in dieser Hinsicht zum Glück – nicht Frankreich. Der mediale Sturm von 2005 ist abgeflaut und in der Schweiz gibt es nach wie vor keine signifikanten, problematischen Parallelgesellschaften. Das ist kaum der alleinige Verdienst der «Projets urbains». Die Tatsache, dass die Städten und Gemeinden auch in ihren benachteiligten

Quartieren präsent sind und die Ängste der Bevölkerung ernstnehmen, ist hingegen ein starkes Zeichen zugunsten des sozialen Zusammenhalts in der Schweiz. Dies attestieren selbst die grössten Kritiker den «Projets urbains». ■

Surftipp

Die «Projets-urbains»-Publikation «Quartiere im Brennpunkt: gemeinsam entwickeln, vielfältig gestalten» kann gratis heruntergeladen oder für 6.50 Franken in Druckform bestellt werden.

Weitere Informationen, Download und Bestellung: www.projetsurbains.ch

«BuntErleben» in Burgdorf

Das Quartier Gyrischachen-Lorraine-Einunger im bernischen Burgdorf ist ein typisches «Quartier mit besonderen Anforderungen»: 2220 Einwohner aus 43 Nationen, eine hohe Fluktuation der Mieter, viele sanierungsbedürftige Häuser und im Sommer eine permanente Hochwassergefahr von der nahen Emme. Die Wohnungen in vielen der Mehrfamilienhäuser sind so klein und die Raumaufteilung so unzeitgemäss, dass sich für die Eigentümer eine Sanierung nicht lohnt. Kein Wunder, wurde das Quartier als einziges im Kanton Bern für die erste Phase der «Projets urbains» (2008 bis 2011) ausgewählt.

Langfristige Präsenz

100 000 Franken hat die Stadt Burgdorf vom Bund dafür über vier Jahre erhalten. Die vier wichtigsten Massnahmen des «Projet urbain»: Der bisher von der Kirchgemeinde und dem Quartierverein betriebene Quartiertreff wurde an einen neuen, zentralen Standort verlegt. Dort befindet sich nun auch das Quartierbüro. Die Quartierarbeit, bisher eine Domäne der Kirche, wurde mittels des Trägervereins «BuntErleben» institutionalisiert. «Die Stadt hat sich dazu verpflichtet, diese Arbeit langfristig zu unterstützen. Das gibt allen Beteiligten Sicherheit und Kontinuität», sagt Yvonne Urwyler, Leiterin Stadtentwicklung in Burgdorf. So werden heute Sprachkurse, Jassturniere, ein interkultureller Frauentreff und Beratungen unter einem Dach angeboten. Offiziell leben im Gyrischachen 25 Prozent Ausländer. «Bezieht man aber auch die erst kürzlich eingebürgerten Schweizer mit ein, haben rund 45 Prozent der Einwohner ei-

nen Migrationshintergrund», weiss Urs Häberli, Präsident des Quartiervereins. Darum ist es für die Integration äusserst wichtig, dass die Kinder früh Deutsch lernen. Durch eine neue Spielgruppe mit sprachlicher Frühförderung wird dieser Notwendigkeit Rechnung getragen. Da die meisten sanierungsbedürftigen Liegenschaften in Privatbesitz sind, sind der Stadtverwaltung punkto Renovationen grossmehrerlich die Hände gebunden. Dennoch sucht man den Dialog mit den Hausbesitzern. Darüber hinaus hat die Baudirektion in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege und Architekten für eine denkmalgeschützte Baugruppe aus den Sechzigerjahren ein Sanierungshandbuch entwickelt, welches in Kürze erscheinen soll. «Damit nicht jeder Hauseigentümer, der eine Sanierung ins Auge fasst, alle Abklärungen mit der Denkmalpflege und bezüglich Bauphysik und Statik selber vornehmen muss, möchten wir damit aufzeigen, wie sie eine bedarfsgerechte Renovation angehen können», so Yvonne Urwyler.

Blockiertes Bauprojekt

Doch nicht alles läuft perfekt an der Emme: Urs Häberli bemängelt, dass zu viel Kraft und Zeit verbraucht wurde, um Verwaltung und Politik auf den erforderlichen Wissensstand zu bringen. Der Quartierverein hatte kurz vor Beginn des «Projet urbain» in einem Zukunftsrat ebenfalls die Wünsche und Nöte der Bewohner erfasst. Seiner Meinung nach hätte man sich viel schneller an die Umsetzung der konkreten Projekte machen können. «Der Quartierverein ist ein wichtiger Akteur, aber nicht repräsentativ für

die Gesamtheit der Bevölkerung im Gyrischachen», kontert Yvonne Urwyler. Es sei eine grosse Herausforderung, die Bedürfnisse der schlecht Deutsch sprechenden Migranten zu eruieren und diese dann auch in partizipative Prozesse miteinzubeziehen.

Einiges schief gelaufen ist auch mit einem blockierten grossen Bauprojekt: Am Uferweg sollen 133 Wohnungen aus den Fünfzigerjahren, grösstenteils Dreizimmerwohnungen mit einer Fläche von 52 Quadratmetern, die einer Personalstiftung gehören, einem zeitgemässen Ersatzneubau Platz machen. Weil die Stadt einen Wettbewerb für ein Vorprojekt ohne den Miteinbezug der Bevölkerung durchführte, wuchs der Widerstand. «Wenn in diesen Liegenschaften nichts geschieht, droht die Bausubstanz zu verlottern», sagt Yvonne Urwyler. Da diese Wohnungen zwar klein und alt, aber mit einem Mietzins von unter 1000 Franken auch äusserst preiswert sind, wird es für die Mieter schwierig, eine neue Wohnung zu finden.

Für die zweite Phase der «Projets urbains» wurde Burgdorf nicht mehr berücksichtigt, obwohl man eine Bewerbung eingereicht hatte. Für Yvonne Urwyler nicht nur ein schlechtes Signal: «Es zeigt, dass wir schon vieles erreicht haben und auf dem richtigen Weg sind. Die Stadt wird sich nun ohne Bundeshilfe im Quartier weiter engagieren.» Im Moment wird ein Projekt zum Hochwasserschutz umgesetzt und eine neue Brücke für den Langsamverkehr über die Emme entstehen. Dann rückt der Gyrischachen noch etwas näher zum Rest der Stadt, von der das Quartier durch den Fluss getrennt ist. (aes)